

Geld rettet die Welt

Die Ergebnisse von Bali sind kein Grund, enttäuscht zu sein: Während Diplomaten um Fußnoten streiten, sorgen Finanzinteressen und Marktlogik von allein für Fortschritte im Klimaschutz **VON TIMM KRÄGENOW**

Wenig konkret sind die Beschlüsse des Klimagipfels von Bali. Die Befunde der Wissenschaft, was zum Schutz vor einer mörderischen Erwärmung der Erde zu tun ist, wurden in der Abschlussklärung zur Fußnote. Offen bleibt insbesondere, ob die Industriestaaten im nächsten Jahrzehnt ihren Ausstoß an Treibhausgasen senken müssen oder nicht. Das ist schlecht. Allerdings: Die wirklich wichtigen Entscheidungen zum Klimaschutz fallen nicht unbedingt bei derartigen Uno-Konferenzen.

Manche Delegationen sind in einer naiven Überschätzung der Diplomatie nach Bali gefahren. Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit sollten die USA einknicken und verbindliche Reduktionsziele akzeptieren, die sie bisher immer bekämpft hatten. Das konnte nicht klappen.

Um eine Erwärmung der Atmosphäre um mehr als zwei Grad zu verhindern, müssten die Industrieländer ihre Kohlendioxidemissionen bis 2050 um 80 Prozent senken. Dazu müsste das weltweite Energiesystem fast komplett umgebaut werden: Viel weniger Energie dürfte verschwendet werden, Strom und Wärme müssten über Grenzen gemeinsam produziert und der Anteil neuer und erneuerbarer Energien stark erhöht werden.

Betrachtet man die Größe der Aufgabe, scheint ungewiss, ob sie überhaupt bewältigt werden kann. Klar ist in jedem Fall, dass eine gänzlich ablehnende, eng mit der Erdöllobby verbundene US-Regierung nicht durch etwas diplomatischen Druck zu einer solchen Revolution gezwungen werden kann.

Die Macht des Netzwerks

Das Ergebnis von Bali macht trotzdem deutlich, dass es mit dem internationalen Klimaschutz vorangeht: Der Schutz der Atmosphäre und das europäische Politikmodell dafür sind auf dem Vormarsch. Senat und Abgeordnetenhaus in den USA arbeiten bereits an Gesetzen, die einen Emissionshandel mit verbindlichen Obergrenzen für den Treibhausgasausstoß vorsehen. Eine Reihe von US-Staaten wird schon in zwei, drei Jahren ein Handelssystem haben. Und die Chefs Dutzender US-Konzerne fordern feste Obergrenzen für ihre Emissionen. Sie wissen: Ein solches System wird kommen. Je eher sie Klarheit über die neuen Regelungen haben, desto weniger Geld setzen sie mit Investitionen in alte Technik in den Sand.

Diese Einsicht in das Notwendige hat sich nicht im Diplomatengepäck vom Alten Europa in die Neue Welt bewegt. Das globale Netzwerk aus Managern, Emissionshändlern, Wissenschaftlern und Umweltschützern ist es, das die Ignoranz des Weißen Hauses unterläuft. Es war ein geschickter Schachzug

der Europäer, dass sie mit dem Emissionshandel eine ursprünglich amerikanische Idee als marktnahes Lösungsmodell wählten. Dessen Charme können sich die Banken und Broker in den USA nicht entziehen.

Die machtpolitischen Auswirkungen der europäischen Führungsrolle im Klimaschutz sind nicht zu unterschätzen: Nicht nur bei der Leitwährung, sondern auch bei der Leitidee für den Umgang mit natürlichen Ressourcen schicken sich die Europäer an, die Amerikaner als Führungsmacht abzulösen. Auf Bali waren die USA am Ende völlig isoliert und mussten ausgerechnet nach einer Zurechtweisung durch den Winzlingsstaat Papua-Neuguinea ihr Veto zurückziehen.

Es ist nun mal so, dass eine Reihe globaler Trends die Ausbreitung des Klimaschutzgedankens begünstigt. Der wichtigste ist der steigende Ölpreis. Je höher er ist, desto schneller machen sich energiesparende Autos und Heizungen bezahlt, desto schneller wird die Nachfrage danach steigen. Faktor Nummer zwei: die zunehmende Unsicherheit der Versorgung mit fossilen Brennstoffen. Je öfter Russland seinen Nachbarn den Gashahn zudreht, desto sinnvoller ist die Suche nach Alternativen. Fast alles, was dem Klimaschutz dient, hilft auch zur Vorsorge gegen Preisexplosionen und Versorgungskrisen.

Einsichtige Chinesen

Infolge dieser Trends wurde auf Bali durchaus ein wichtiger Fortschritt erreicht: Zum ersten Mal haben die Regierungen großer Entwicklungsländer erkannt, dass eine Reduktion der Emissionen in ihrem eigenen Interesse ist. China, Südafrika, Mexiko und Brasilien haben eingesehen, dass Schuldzuweisungen an Industrieländer weder dem Klima nützen noch die Energierechnung senken.

Die vielleicht größte Herausforderung wird auf lange Sicht die Integration der ärmsten Länder in den Klimaschutz bleiben. In vielen dieser Länder gibt es keine zuverlässige Stromversorgung für Operationssäle und Kühlschränke. Es wäre zynisch, ihnen zu verbieten, ihren Energiekonsum zu steigern. Damit dies aber mit modernen, emissionsarmen oder emissionsfreien Techniken geschieht, müssten diese Länder mit viel stärkeren Technologietransfers unterstützt werden, als auf Bali vereinbart wurde.

Das Wichtigste für die Verbesserung des Klimaschutzes ist und bleibt ein glaubwürdiger Vorreiter. Nur wenn eine Gruppe von Industriestaaten vormacht, dass sich klimafreundliche Techniken wirtschaftlich lohnen, werden die anderen folgen. Deutschland und Europa haben diese Vorreiterrolle jetzt endgültig übernommen. Auch das ist eine positive Nachricht vom Klimagipfel.

E-MAIL kraegenow.timm@ftd.de